

presse

AG Bildung und Forschung

Individualisierte Medizin: Chancen nutzen – Probleme lösen

*Anlässlich der heutigen Präsentation des Zukunftsreports "Individualisierte Medizin und Gesundheitssystem" des Büros für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages erklären die stellvertretenden Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion **Swen Schulz** und **René Röspel**:*

Die Individualisierung der Medizin bietet große Chancen für eine bessere Heilung kranker Menschen. Heutzutage werden Therapien oftmals nicht ausreichend auf die jeweiligen individuellen Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten ausgerichtet. Dabei können die gleichen Medikamente bei den verschiedenen Menschen vollkommen unterschiedlich wirken. Die individualisierte Medizin bietet die Möglichkeit, dass durch entsprechende Untersuchungen der optimale Heilungsweg gefunden und dadurch Zeit gespart und Gefahren vermieden werden können. Der Zukunftsreport macht diese Potenziale in verschiedenen Bereichen, wie etwa der Krebsbekämpfung, sehr deutlich.

Es entstehen durch diesen Weg allerdings auch Probleme, die es zu lösen gilt. Zum einen ist die individualisierte Medizin zunächst an vielen Stellen teurer, etwa weil mehr Untersuchungen und Tests durchgeführt werden müssen und die Herstellung von Medikamenten aufwändiger wird. Dem gegenüber stehen Einsparungen durch die schnellere und verbesserte Heilung. Letztlich dürfen aber Kostenaspekte der Gesundheit der Menschen nicht im Wege stehen. Eindeutig klärungsbedürftig sind auch die Belange des Datenschutzes. Denn mit den Tests und Untersuchungen werden auch zusätzliche Kenntnisse über den Zustand und die Krankheitsrisiken gewonnen. Diese dürfen auf keinen Fall etwa von Versicherungsanbietern oder Arbeitgebern gegen die Bürgerinnen und Bürger genutzt werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion spricht sich für die weitere Forschung auf

diesem Feld aus. Die Umsetzung in der Praxis muss umsichtig geschehen, damit eine nachhaltige Verbesserung des Gesundheitswesens für die Bürgerinnen und Bürger ohne unerwünschte Nachteile erreicht wird.